

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD****Konsequenzen aus den aktuellen Nahrungsmittelskandalen ziehen**

Auch in Deutschland sind Fertiggerichte mit einer nicht deklarierten Pferde-/Rindfleischmischung auf den Markt gekommen; und anscheinend haben auch deutsche Hersteller dieses verarbeitet. Nach Angaben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sollen allein 179 000 Lasagne-Packungen betroffen sein, aber darüber hinaus auch weitere Produkte. Und damit nicht genug: Zusätzlich zu diesem Skandal steht der nächste Fall von Täuschung der Verbraucherinnen und Verbraucher an. In großem Stil wurden millionenfach Eier falsch deklariert und sind unter Verstoß gegen die entsprechenden Vorschriften zur Hühnerhaltung in den Handel gelangt. Diese aktuellen Skandale zeigen, wie verworren die Strukturen in Lebensmittelerzeugung und -handel sind und wie schwierig es ist, den Weg und die Herstellung einzelner Produkte zurückzuverfolgen – obwohl Händler und Hersteller gesetzlich verpflichtet sind, alle Waren rückverfolgen zu können. Diese unübersichtliche Produktionskette und die möglichst billige Herstellung von Lebensmitteln sind ein Einfallstor für Betrug und Täuschung.

Eine gute Lebensmittelüberwachung stärkt das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher und die Sicherheit der Landwirte und Landwirtinnen beim Bezug von Betriebsmitteln und der Vermarktung ihrer Produkte. Auf diese Weise werden Rahmenbedingungen für eine stabile und wettbewerbsfähige Landwirtschaft geschaffen, in der hohe Umwelt- und Produktionsstandards eingehalten werden. Der Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen (LMTVet) kann allerdings aufgrund seiner begrenzten Ressourcen und der mangelnden gesetzlichen Transparenz im Nahrungsmittelbereich aktuell nur in sehr begrenztem Umfang Kontrollen durchführen. Die jüngsten Fälle zeigen, dass der gesetzliche Rahmen, die Kontrollen und die Informationsvorschriften verbessert werden müssen.

Nötig sind zudem Qualität statt Quantität, regionale Produktkreisläufe, kurze Wege von den Erzeugern zu den Konsumentinnen und Konsumenten und eine maximale Transparenz. Damit Verbraucherinnen und Verbraucher die Möglichkeit haben, regionale Kreisläufe zu stärken, muss die Kennzeichnung aller tierischen Produkte verbessert werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- a) sich auf Bundes- und EU-Ebene für entsprechende rechtliche Änderungen einzusetzen, die eine finanzielle Beteiligung der überwachten Unternehmen an den staatlichen Kontrollen der unternehmerischen Eigenkontrollen und die Abschöpfung der durch Täuschung erzielten Gewinne ermöglicht,
- b) sich auf der Bundesebene für eine Strafmaßverschärfung bei Gesetzesverstößen durch den Handel oder die Produzenten einzusetzen,
- c) sich auf der Bundes- und EU-Ebene für eine Überprüfung und Konkretisierung der Eigenkontrollverpflichtung der Lebensmittelwirtschaft einzusetzen,
- d) sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, rechtlich verbindliche Definitionen der unterschiedlichen Haltungsformen und eine gesetzliche Verpflichtung zur Kennzeichnung der Haltungsform – wie dies bei Eiern schon der Fall ist

– auch für Fleisch und Milcherzeugnisse zu schaffen sowie für verarbeitetes Fleisch eine Herkunftsbezeichnung einzuführen, aus der ersichtlich wird, wo ein Tier geboren, aufgezogen, geschlachtet und verarbeitet wurde.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung der Bürgerschaft (Landtag) über die ergriffenen Maßnahmen zu berichten.

Jan Saffe, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Maike Schaefer,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sarah Ryglewski, Winfried Brumma,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD